

Pressespiegel zur Bleiberechtsdemo am 22. April in Wiesbaden

ABSCHIEBUNGEN

Demonstration für Bleiberechtsregelung

Wiesbaden · Zu einer Demonstration für ein Bleiberecht rufen diverse hessische Initiativen, Gewerkschaften und Kirchen für Samstag, 22. April, auf. "Der unwürdige Status der Duldung muss insgesamt abgeschafft und durch sichere Aufenthaltstitel ersetzt werden", heißt es in dem Aufruf, für den der hessische Flüchtlingsrat verantwortlich zeichnet. In Hessen lebten etwa 15 000 Menschen, deren Abschiebung vorübergehen ausgesetzt sei.

Anlass für die hessenweite Demonstration ist die Innenministerkonferenz Anfang Mai in Bayern. Beim jüngsten Treffen habe Hessens Innenminister Volker Bouffier (CDU) sich für eine Bleiberechtsregelung mit Einschränkungen ausgesprochen, teilt Flüchtlingsrat-Sprecher Timmo Scherenberg mit. "Wir erwarten von ihm, dass er dies wieder tut, ohne wenn und aber." *jur*

Demonstration: Samstag, 22. April, 12 Uhr, vor Innenministerium Wiesbaden, Bahnhofsvorplatz, Abschlusskundgebung auf dem Mauritiusplatz,

[document info]

Copyright © **Frankfurter Rundschau** online 2006
Dokument erstellt am 20.04.2006 um 20:01:43 Uhr
Erscheinungsdatum 21.04.2006

Demonstration für Bleiberecht

Hessischer Flüchtlingsrat und Grüne appellieren an Innenminister

Rund 200 Demonstranten haben am Samstag in Wiesbaden ein Bleiberecht für Ausländer gefordert, die bisher in Deutschland nur geduldet werden.

Wiesbaden · Die Geduldeten lebten ständig in der Angst, abgeschoben zu werden, erklärte der Hessische Flüchtlingsrat, der zu der Demonstration aufgerufen hatte. Das gelte selbst für Menschen, die seit Jahren in Deutschland lebten, und für Kinder, die in Deutschland geboren wurden und aufgewachsen sind.

Die hessischen Grünen unterstützten die Forderung des Flüchtlingsrates. Wer seit langem in Deutschland lebe, in Deutschland aufgewachsen oder sogar geboren wurde, sollte ein Aufenthaltsrecht haben, forderte der Landtagsabgeordnete Jürgen Frömmrich. Flüchtlingsrat und Grüne schätzen die Zahl der geduldeten Ausländer in Hessen auf 15 000.

Auch Hessens Innenminister Volker Bouffier (CDU) ist für ein Bleiberecht. Er war allerdings im Dezember 2005 auf der Innenministerkonferenz mit einem entsprechenden Vorschlag gescheitert. Die Konferenz hatte stattdessen beschlossen, zunächst die Auswirkungen des seit Jahresbeginn geltenden Zuwanderungsgesetzes zu prüfen. Später soll das Thema erneut auf die Tagesordnung kommen. Frömmrich rief die Innenminister auf, im Mai bei ihrer nächsten Konferenz eine Regelung zu vereinbaren. dpa

[document info]

Copyright © **Frankfurter Rundschau** online 2006
Dokument erstellt am 23.04.2006 um 19:48:16 Uhr
Erscheinungsdatum 24.04.2006

Ausländerpolitik

Demonstranten fordern Bleiberecht



200 Demonstranten forderten ein Bleiberecht für geduldete Ausländer

Bei einer Demonstration in Wiesbaden haben sich am Samstag rund 200 Teilnehmer für ein Bleiberecht bislang nur geduldeter Ausländer eingesetzt. Die Geduldeten lebten in ständiger Angst, abgeschoben zu werden, so der Hessische Flüchtlingsrat.

Die Furcht vor einer Abschiebung gelte selbst für Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland lebten, sowie Kinder, die in Deutschland geboren wurden und aufgewachsen sind. Die hessischen Grünen unterstützten die Forderung des Flüchtlingsrates, der zu der Demonstration aufgerufen hatte. Wer seit langem in Deutschland lebe, in Deutschland aufgewachsen oder sogar geboren wurde, sollte ein Aufenthaltsrecht haben, forderte der Landtagsabgeordnete Jürgen Frömmrich. Flüchtlingsrat und Grüne schätzen die Zahl der geduldeten Ausländer in Hessen auf 15.000.

Innenminister noch uneins

Auch Hessens Innenminister Volker Bouffier (CDU) ist für ein Bleiberecht. Er war allerdings im Dezember vergangenen Jahres auf der Innenministerkonferenz mit einem entsprechenden Vorschlag gescheitert.

Die Konferenz hatte stattdessen beschlossen, zunächst die Auswirkungen des seit Jahresbeginn geltenden Zuwanderungsgesetzes zu prüfen. Später soll das Thema erneut auf die Tagesordnung kommen. Frömmrich rief die Innenminister auf, im Mai bei ihrer nächsten Konferenz eine Regelung zu vereinbaren.

(kahu / anwa)
Stand: 22.04.2006